

Geschäftsführer Sebastian Chwala

Bahnhofstr. 6
35037 Marburg

Fon: 06421-163873

Fax: 06421-175618

info@die-linke-marburg.de

Marburg, den 28. März 2018

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 23.3.2018

Marburger GroKo verabschiedet Haushalt 2018 - Stadtparlament für Gewobau-Mieterbeiräte

Die Verabschiedung des Haushalts 2018 bildete den Schwerpunkt der Marburger Stadtverordnetenversammlung im März. Dreieinhalb Stunden debattierten die Fraktionen über den Haushaltsentwurf des Kämmerers Thomas Spies. Wie schon in den früheren Jahren waren dann keine weiteren Aussprachen zu Anträgen mehr vorgesehen.

Marburger Linke: Haushaltskürzungen wirklich zurücknehmen, Gewerbesteuer erhöhen

Für die „Marburger Linke“ liegen die Kritikpunkte an diesem Haushalt auf der Hand. Wurde der Marburger Öffentlichkeit noch im letzten Jahr erklärt, wie überaus prekär die finanzielle Lage der Stadt sei, weshalb massiv im Bereich der freien Träger, der sozialen und kulturellen Initiativen gekürzt werden müsse, ist davon jetzt nicht mehr viel zu hören. Dabei wollte die CDU in den kommenden Jahren ursprünglich insgesamt 20 Millionen Euro im Haushalt einsparen. Nun soll die Zeit der knappen Kassen erstmal vorbei sein; ihre Beschwörung diene wohl in erster Linie dazu, eine Mitte-Rechts Koalition von SPD und CDU möglich zu machen. Das Hin und Her in der Haushaltspolitik hat Schäden im Zusammenleben in der Marburger Stadtgesellschaft hinterlassen.

Die Sparmaßnahmen haben nicht viel dazu beigetragen, das behauptete strukturelle Defizit abzubauen, sagte die Fraktionsvorsitzende der Marburger Linken Renate Bastian in ihrem Redebeitrag. Deshalb können die Kürzungen im Kultur- und Sozialbereich problemlos vollständig zurückgenommen werden. Zusätzlich muss, wie schon unter OB Egon Vaupel versprochen, der Anteil der Kulturausgaben am städtischen Haushalt endlich auf 5 Prozent der Ausgaben erhöht werden, um die Situation der Kulturschaffenden zu verbessern und vielen einkommensschwachen Haushalten den Zugang zu den kulturellen Angeboten zu ermöglichen. Leider rechnet sich die Stadt vor jeder Haushaltsaufstellung arm, ergänzte Bastian.

Dies erläuterte anschließend der Co-Fraktionsvorsitzende Jan Schalauske. So lagen die realen Einnahmen der Stadt Marburg in den Jahren 2007 bis 2016 im Schnitt 23,4 Prozent über den geplanten Einnahmen. Weiter verwies Schalauske darauf, dass allein durch die Gewerbesteuerenkung im Jahre 2008 bis zum Jahr 2015 der Stadt rund 60 Millionen Euro an Einnahmen verloren gegangen sind. Noch immer liegt der aktuelle Hebesatz deutlich unter jenem vergleichbarer großer Städte. Eine Erhöhung auf den Durchschnitt von 440 Punkten könnte der Stadt die Voraussetzungen für eine nachhaltige soziale und ökologische Entwicklung schaffen. Schalauske wies daraufhin, dass damit vor allem die enormen Gewinne der Marburger Pharma- und Finanzbranchen

etwas beschnitten würden. Zwischen 2008 und 2015 betrug die Umsatzrendite des größten Steuerzahlers CSL Behring sagenhafte 31,2 Prozent.

Doch auch bei den Schwerpunkten Verkehrs- und Wohnungspolitik kritisierte die Marburger Linke den Magistrat und legte eigene Vorschläge vor. So merkte Jonathan Schwarz an, dass im letzten Jahr gerade einmal 20 Sozialwohnungen geschaffen worden sind, während Private in letzten Jahren in hunderten hochpreisige Eigentumswohnungen investieren konnten. Hier ist stadteigene GeWoBau gefordert. Die Marburger Linke hat eine Erhöhung der städtischen Zuschüsse gefordert, damit 200 neue Sozialwohnungen pro Jahr gebaut werden können.

Weiter forderte Schwarz endlich den „sozial-ökologischen“ Umbau der Verkehrspolitik anzugehen. So müssen Schnellbuslinien in die Außenstadtteile eingerichtet werden. Darüber hinaus müssen erste Schritte in Richtung eines gebührenfreien ÖPNV unternommen werden. So soll die Nutzung der Busse für Stadtpassinhaber generell und für alle Bürger/innen an Samstagen kostenfrei sein. Erstaunlicherweise ging die OP auf diese Vorschläge in der Berichterstattung über die Sitzung nicht ein.

Letztendlich wurde der vorgelegte Haushaltsentwurf mit den Stimmen der Regierungskoalition, bestehend aus SPD, CDU und Bürgern für Marburg (BfM) verabschiedet. Die Marburger Linke stimmte dagegen.

Gewobau-Mieterbeiräte, Kosten von Verkehrssystemen,.VHS-Kursgebühren

Anschließend wurden noch einige Anträge abgestimmt. So wurde unser Antrag bezüglich der Einrichtung von Mieterbeiräten bei der GeWoBau einstimmig angenommen. Außerdem will man prüfen, wie mit Hilfe von Tools der Universität Kassel die real anfallenden Kosten für einzelne Verkehrssysteme ermittelt werden können. Die Marburger Linke tritt für kostenlose Bildung ein und lehnt deshalb eine Koppelung der Kursgebühren der Volkshochschule an die Honorare der Kursleiter/innen ab. Sie stimmte deshalb für die Erhöhung der Honorare aber gegen die der Kursgebühren.

Freundliche Grüße von der **Fraktion der Marburger Linken**

Renate Bastian, Jan Schalauske

Tanja Bauder-Wöhr, Roland Böhm, Henning Köster, Elisabeth Kula, Jonathan Schwarz, Inge Sturm